ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schütze, Franziska

Article

Grüne Bundesanleihen brauchen grüne Investitionen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schütze, Franziska (2020) : Grüne Bundesanleihen brauchen grüne Investitionen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 38, pp. 734-,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-38-7

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/226740

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

FRANZISKA SCHÜTZE

Grüne Bundesanleihen brauchen grüne Investitionen

Franziska Schütze ist wissenschaftliche Mitarbeiterin
in der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzwirtschaft zu machen. Im Klimaschutzprogramm 2030 wurde die Rolle des Finanzmarktes im Kampf gegen den Klimawandel bereits betont, bisher folgten aber noch keine konkreten Schritte. Nun schafft die Bundesregierung erste Fakten. Anfang September wurde erstmals eine grüne Bundesanleihe platziert, die dem Bund 6,5 Milliarden Euro einbrachte. Ende des Jahres soll eine weitere folgen. Damit würde die Summe der Green Bonds im Gesamtjahr auf bis zu zwölf Milliarden Euro steigen.

Wird Deutschland damit zum Vorreiter auf dem grünen Finanzmarkt? Die Idee ist gut, aber nicht neu. Im Jahr 2016 hat Polen als erstes Land grüne Staatsanleihen im Volumen von 750 Millionen Euro auf den Markt gebracht – gefolgt von anderen europäischen Ländern wie Frankreich (2017), Belgien (2018) und den Niederlanden (2019) mit je sechs bis sieben Milliarden Euro. Damit ist das Volumen der deutschen Anleihe international durchaus vergleichbar. Im Verhältnis zu den insgesamt geplanten Bundesanleihen von etwa 210 Milliarden Euro im Jahr 2020 liegt der Anteil aber bei nur vier bis sechs Prozent. Da zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zusätzliche Bundesanleihen emittiert werden, sinkt der Anteil der grünen Anleihen im Verhältnis entsprechend stärker.

Ein Aspekt ist dennoch neu. Der entscheidende Unterschied liegt in der Struktur der Anleihe. Als „Zwillingsanleihe" kann eine grüne Anleihe jederzeit gegen eine konventionelle getauscht werden, um auch bei kleinen Emissionsvolumen ausreichend Liquidität sicherzustellen. Das Interesse von Investoren war groß, die Anleihe mehrfach überzeichnet.

Es drängt sich aber die Frage nach dem tatsächlichen Effekt des neuen Finanzproduktes auf. Hierbei muss zwischen der Wirkung auf das Portfolio von Investoren und der Wirkung auf reale Investitionen und die Gesamtwirtschaft unterschieden werden. Die grüne Anleihe enthält zusätzlich ein grünes Zertifikat, also ein Versprechen, dass die Erlöse für Klima- und Umweltschutz verwendet werden.

Um die Klimawirkung eines Investment-Portfolios zu ermitteln, müssen die CO_2-Intensität beider Anleihen-Zwillinge und ihre Wechselwirkung betrachtet werden. Der grüne Zwilling macht ein Portfolio auf den ersten Blick etwas klimafreundlicher. Da die Erlöse des ihm zur Seite gestellten konventionellen Zwillings dann aber seltener in nachhaltige Projekte fließen, hebt sich dieser positive Effekt wieder auf. Die Auswirkungen auf die Klimapolitik der Bundesregierung sind damit also begrenzt.

Auf die Treibhausgasemissionen eines Landes hat die Trennung in grüne und konventionelle Staatsanleihen auch aus einem anderen Grund vorerst keinen Effekt. Die so generierten Einnahmen sollen bisher nur in Projekte fließen, die ohnehin schon im Bundeshaushalt vorgesehen waren.

Die gewünschte Wirkung hätten die grünen Anleihen nur, wenn ihr Anteil so stark erhöht würde, dass dadurch ein stärkerer Anreiz entsteht, staatliche Ausgaben und Investitionen nachhaltig umzugestalten. Daher ist zu begrüßen, dass regelmäßige grüne Staatsanleihen mit verschiedenen Laufzeiten geplant sind. Dies ermöglicht Planbarkeit und erhöht die Transparenz für AnlegerInnen. Um eine Wirkung auf das Klima und die Treibhausgasemissionen zu entfalten, braucht es jedoch zusätzlich ein Ziel für die Erhöhung der Investitionen in Klima- und Umweltschutz. Die starke Nachfrage nach grünen Anleihen durch private und öffentliche Anleger zeigt, dass die Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft sind.

Grüne Bundesanleihen sind ein erster Schritt und ein wichtiges Signal an den Finanzmarkt. Sie verpflichten zu mehr Transparenz in der Verwendung der Staatsausgaben und schaffen Prozesse, die das Monitoring verbessern. Damit sie aber tatsächlich eine positive Klimawirkung entfalten, muss zudem ein grüner Staatshaushalt verabschiedet werden, mit dem neue grüne Projekte angestoßen und finanziert werden. Die Bundesregierung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten!

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-38-7

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
87. Jahrgang 16. September 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Dr. Mirjam Fischer; Jonas Jessen; Dr. Jan Goebel; Annekatrin Schrenker

Redaktion
Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**